



Der überraschend gute Jahresabschluss der Stadt Dresden lässt Spielraum für den Doppelhaushalt 2021/22.

► Die Stadt Dresden hat unter schwierigen Bedingungen einen Doppelhaushalt 2021/22 aufgestellt. In den Verhandlungen hat sich ein fraktionsübergreifendes Bündnis aus CDU, Grünen, Linken, SPD und FDP auf einen neuen Doppelhaushalt mit hohen Investitionen in den Schulhausbau sowie das neue Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz und in das Heinz-Steyer-Stadion geeinigt. Die FDP im Dresdner Stadtrat war zum ersten Mal seit 10 Jahren wieder am Verhandlungstisch dabei. In den schwierigen Verhandlungen konnten die Liberalen wirtschaftliche Maßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise einbringen, aber auch die hohen Einnahmeerwartungen bei den Parkgebühren nach unten korrigieren.

Lesen Sie mehr auf Seite 3.

Verwaltung contra Stadtrat

Die FDP-Fraktion kämpft um die Zukunft der Innenstadt – die Verwaltung bremst, wo sie kann.

Lange Zeit herrschte gespenstische Stille in der Innenstadt. Nun machen sinkende Inzidenzzahlen und Fortschritte bei der Impfung Hoffnung, es könne wieder Normalität in Dresden einkehren. Doch der monatelange Winterschlaf hat Spuren hinterlassen, eine sofortige Rückkehr zum Zustand des Frühjahrs 2020 ist nicht einfach. Viele Unternehmen in der Innenstadt mussten in den vergangenen Jahren schwere Einschnitte bis hin zu Komplettschließungen hinnehmen. Damit nach dem Lockdown wieder Leben einkehrt, muss ein schwungvoller und reibungsloser Neustart gut vorbereitet sein. Die FDP-Fraktion bemüht sich daher seit Beginn der Pandemie im Frühjahr letzten Jahres mit verschiedenen Initiativen, den Weg zurück in die Normalität so gut wie möglich freizuschaukeln. Viele dieser Projekte konnten erfolgreich im Stadtrat durchgeboxt werden. Doch passiert es in letzter Zeit immer wieder, dass Beschlüsse des Stadtrates nicht zur Realität werden.

Bereits im Juli 2020 hatte der Stadtrat dem FDP-Antrag zugestimmt, die Flächen, auf denen private Märkte und Veranstaltungen in der Innenstadt erlaubt sind, auszuweiten und dabei auf Gebühren zu verzichten. Auf Nachfrage der Fraktion wurde im Januar mitgeteilt, dass eine Umsetzung von Seiten der Verwaltung nicht vorgesehen sei. Erst durch mehrere Nachfragen und Presseberichte konnte der Geschäftsbereich von Baubürgermeister Kühn zum Einlenken bewegt werden. Die Verwaltung hat nunmehr eine Vorlage erarbeitet, die die Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für das Jahr 2021 vorsieht.

Auch für fraktionsübergreifende Projekte besteht längst keine Garantie mehr, dass sie zur Umsetzung kommen. Die im Haushaltskompromiss gemeinsam beschlossene Förderung von Großveranstaltungen sollte gemäß der zugehörigen Verwaltungsvorlage auf ein Drittel eingedampft wer-

den. Der Beschluss, einen Trödelmarkt an der Hauptstraße zu etablieren, liegt sogar schon seit

über einem Jahr unverändert auf einem Schreibtisch im Amt für Wirtschaftsförderung und wartet

auf Umsetzung. Wieder nur auf Anfrage teilte die Verwaltung mit, es gäbe schon genug Trödelmärkte. Auch hier heißt es für die Fraktion: Dranbleiben!



Nach langem Leerstand muss die Innenstadt wieder belebt werden.

„Das wird langsam traurige Routine“, beurteilt Robert Malorny, der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, die Situation. „Wir kämpfen an zwei Fronten. Mit der einen Hand kurbeln wir, damit die Wirtschaft und das öffentliche Leben, der Motor der Innenstadt, nicht komplett zum Stillstand kommt, mit der anderen müssen wir die Verwaltung in Schach halten, die ins Lenkrad greifen und in eine ganz andere Richtung steuern will. Wenn der Stadtrat ständig überprüfen muss, dass seine Beschlüsse auch umgesetzt werden, verbraten beide Seiten Energie, die derzeit wirklich sinnvoller eingesetzt werden kann. Gerade jetzt müssten alle zusammenhalten, um sicher aus der Krise zu steuern. Bis das funktioniert, werden wir den Druck aufrechterhalten müssen.“

INHALT / SEITE 2

➤ Parkgebührenerhöhung beschlossen

INHALT / SEITE 2

➤ Ortsumfahrung S 177

INHALT / SEITE 4

➤ Fraktion aktuell

Stadtrat verabschiedet Parkgebührenerhöhung

Auf die Innenstadt und die Innere Neustadt kommen massive Erhöhungen der Parkgebühren zu – trotz des Protestes und Alternativvorschlägen der FDP-Fraktion und über 1.250 Petenten gegen eine Parkgebührenerhöhung.

	Alte Gebühren	Neue Gebühren (Innenstadt ab 01.11.2021)
in der Zone 1:		
Gebühr Mo bis Sa	1,50 Euro/h	2,40 Euro/h
Gebühr So	0,50 Euro/h	1,50 Euro/h
Tagestarif	6 Euro (3 Euro Sonntag)	12 Euro (6 Euro Sonntag)
in der Zone 2:		
Gebühr Mo bis Sa	0,50 Euro/h	1,50 Euro/h
Gebühr So	gebührenfrei	1,50 Euro/h
Tagestarif	3 Euro	6 Euro
in der Zone 3:		
Gebühr Mo bis Sa	0,50 Euro/h	1,20 Euro/h
Gebühr So	gebührenfrei	gebührenfrei
Tagestarif	3 Euro	5 Euro

Monatelang wurde in der Stadt über die Erhöhung der Parkgebühren diskutiert, regelmäßig wurde über neue Entwicklungen berichtet. In dieser Zeit wurde ein neuer Stadtentwicklungs- und Baubürgermeister gewählt, die Einnahmeerwartung aus den Parkgebühren in den Haushaltsverhandlungen nach unten korrigiert, aufgrund der

starken Kritik von der Stadtverwaltung ein komplett neuer Vorschlag erarbeitet und eine Online-Petition für bezahlbare Parkgebühren mit über 1.250 Mitzeichnern durchgeführt. Die eigentliche Entscheidung erfolgte dann im Eiltempo im März, der neue Vorschlag der Stadtverwaltung wurde auf einer Sondersitzung des Stadtentwick-

lungs- und Verkehrsausschusses erstmals den Stadträten offiziell präsentiert, einen Tag später sollte die Vorlage im Stadtrat beschlossen werden.

Stadtverwaltung und ein Bündnis aus Grünen, CDU, Linken und SPD wollten die neue Vorlage unbedingt im März durchbringen, vordergründig zur Sicherung von Haushaltseinnahmen. Vor allem den Grünen ging es aber auch darum, Autofahrten in die Innenstadt und die Äußere Neustadt unattraktiver zu machen. Dass die Eile alle Beteiligten überforderte, zeigen die formalen Fehler in der Vorlage, die dazu führten, dass sich der Stadtrat im Juni erneut mit der Erhöhung der Parkgebühren beschäftigen wird. Bis dahin bleibt es bei den alten Parkgebühren.

„Geht es nach der FDP-Fraktion, dann hätte es höchstens eine moderate Parkgebührenerhöhung gegeben und das auch erst, wenn die

epidemische Lage von nationaler Tragweite durch den Bundestag wieder aufgehoben ist. Also erst nachdem der Einzelhandel, die Gastronomie, der Tourismus und die Kulturwirtschaft wieder ange laufen sind“, stellt Fraktionschef Holger Zastrow klar.

Diesem Alternativvorschlag auf eine spätere Einführung wollte der Stadtrat nicht folgen, Grüne, CDU, Linke und SPD hielt an ihren Verhandlungen fest. Verhandlungen, bei denen die FDP-Fraktion von vorneherein nicht einbezogen war, obwohl sie die um 7 Mio. bzw. 5 Mio. Euro niedrigeren Einnahmeerwartungen in den Haushalt hineinverhandelt hat. Für 2021 sollen somit 13 Mio. Euro und für 2022 sollen 15 Mio. Euro Einnah-

men aus Parkgebühren erzielt werden. Zwar einigte sich das Bündnis im Stadtrat auf eine Einführung der erhöhten Parkgebühren in der Innenstadt erst am 1. November 2021, dafür wurde die Innere Neustadt in die Zone 1 aufgenommen und die Zone 2 wurde um die Leipziger Vorstadt erweitert. Unter den Bedingungen des Lockdowns ist dabei jetzt schon abzusehen, dass die Einnahmeerwartungen für das Jahr 2021 nicht erfüllt werden, viele Parkplätze in der Innenstadt blieben leer.



Dresdner Ortsumfahrung S 177

Geld für den Abschnitt zwischen Wünschendorf und Eschdorf wird bereitgestellt.



Holger Zastrow (li.) und Bürgermeister Jens-Ole Timmermann fordern einen zügigen Ausbau der S 177.

Seit vielen Jahren soll die Staatsstraße S 177 im Abschnitt zwischen Wünschendorf und Eschdorf weitergebaut werden. Das Planfeststellungsverfahren ist vollzogen, die Landesdirektion hat Baurecht erteilt. Die Verzögerung, die durch die Klage des BUND Sachsen in dem hier beschriebenen Streckenabschnitt eingetreten war, ist vorbei, seit die Umweltorganisation im Februar 2021 ihre Klage zurückgenommen hat. Der Bau könnte also beginnen.

Doch die Bagger rollen nicht. Denn die für den Bau benötigten finanziellen Mittel in Höhe von knapp 50 Millionen Euro standen im sächsischen Doppelhaushalt nicht mehr bereit, obwohl sie in den Vorjahren schon einmal eingestellt waren. Rechtzeitig vor der Verabschiedung des Haushaltes im Mai starteten Wünschendorfer Anwohner zusammen mit der FDP-Fraktion eine Petition und machten öffentlich mit einer Plakatkampagne Druck – mit Erfolg. Kurz vor Ende

der Verhandlungen wurden die benötigten Mittel wieder bereitgestellt. „Wir freuen uns, dass der Verkehrsausschuss den Fehler der Landesregierung korrigiert. Ganz offenbar hat der Protest der letzten Wochen und der Widerstand insbesondere der Bürger aus dem Schönfelder Hochland und aus der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach die Politik beeindruckt und geholfen, die Haushaltsvorlage des Verkehrsministers zu verbessern“, so Zastrows Einschätzung.

KURZNACHRICHTEN

Erinnerungsort Hellerberge nicht vergessen – Geschichte sichtbar machen

In der Stadtratssitzung Mitte März stellte FDP-Stadtrat Holger Hase der Stadtverwaltung eine Frage zu dem Erinnerungsort „Judenlager Hellerberge“: „Trotz aller Bemühungen der letzten Jahre gibt es noch immer Orte der NS-Verfolgungsgeschichte, die kaum wahrgenommen werden und im wahrsten Sinne des Wortes Leerstellen sind. Dazu gehört das ehemalige „Judenlager Hellerberge“, das nach seiner Räumung im März 1943 – die inhaftierten Juden transportierte man nach Auschwitz ab – unter dem Namen „Lager Kiesgru-

be“ als Entbindungsheim für Kinder von Zwangsarbeiterinnen weitergenutzt wurde. Bis heute wird lediglich mit einer kaum wahrzunehmenden Informationstafel daran erinnert. Bemühungen, diesen Erinnerungsort aus dem Dunkel der Geschichte hervorzuholen, treten auf der Stelle.“ Die Stadtverwaltung bemühe sich zwar um einen würdigen Umgang und will eine virtuelle Rekonstruktion der Barackenanlage prüfen, verweist aber auch auf fehlende Gelder im Haushalt, um größere Maßnahmen möglich zu machen.

Wolfgang Mischnick im Straßenbild ehren

Wolfgang Mischnick war gebürtiger Dresdner und Zeit seines Lebens seiner sächsischen Heimat sehr verbunden. Er lernte nach dem Zweiten Weltkrieg das politische Handwerk in Dresden kennen und er engagierte sich nach der Wiedervereinigung ganz besonders in Sachsen. Am 29. September 2021 jährt sich sein Geburtstag zum 100. Mal, am 6. Oktober 2022 ist der 20. Todestag. Anlass für die FDP-Fraktion, eine Straßenbenennung in Dresden zu fordern. Ausführlich berichten wir in der nächsten Ratsdepesche.

Verkauf des Sachsenbades sichert zukünftige Nutzung – Neue Schwimmhalle geplant

Im Mai beschloss der Stadtrat den Verkauf des Sachsenbades, auch mit den Stimmen der FDP. Der Bieter hat ein schlüssiges Nutzungskonzept vorgelegt und strebt eine denkmalgerechte Sanierung mit einer Nutzung als Büroflächen, Gastronomie, Spa und Sportmöglichkeiten an. Das Gebäude selbst ließe sich nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand wieder zu einem Schwimmbad herrichten – etwas was auch der Stadt in 30 Jahren nicht gelang. Doch das ist nicht das Aus für eine neue Schwimmhalle in

Pieschen. Die Stadt steckt die Einnahmen aus dem Verkauf nun in ein Realisierungskonzept eines „Neuen Sachsenbades“ in unmittelbarer Nähe des alten Gebäudes. Somit wird das alte denkmalgeschützte Gebäude zeitnah gesichert. Gleichzeitig läuft die Stadt nicht Gefahr, in neue wirtschaftliche und darlehensgestützte Experimente zu laufen, wie es Linke und Grüne vorgeschlagen haben. Für die neue Schwimmhalle sollen auf Vorschlag des Oberbürgermeisters schon im nächsten Jahr 6,5 Mio. Euro bereitgestellt werden.

Der neue Doppelhaushalt – ein langer Weg dahin

Dresdens Haushalt für den Zeitraum 2021/22 steht – wie die Finanzen in der Krise aussehen:



Dresden soll deutschlandweit als Weihnachtshauptstadt beworben werden.

Am 17. Dezember 2020 (nach Drucklegung der letzten Ratsdespesche) hat der Stadtrat den Doppelhaushalt der Landeshauptstadt für die Jahre 2021 und 2022 beschlossen. In Anbetracht der pandemischen Lage und der weiterhin zu erwartenden Einnahmeausfälle der Stadt ein besonders schwieriges Unterfangen, dem sich ein Bündnis aus den Fraktionen der FDP, Grünen, Union, Linken und SPD gestellt hat. Der Prozess zur Findung eines Haushaltskompromisses begann hinter den Kulissen bereits im Sommer letzten Jahres. Die Verwaltung erarbeite in Abstimmung mit allen Bürgermeister und Fachämtern einen ersten Haushaltsentwurf. Dieser musste nicht nur mit geringeren erwarteten Einnahmen rechnen, sondern auch mit inflationsbedingt gestiegenen Kosten und ständig anwachsendem Personalaufwand. Um all das zu finanzieren, sah der Plan in vielen Bereichen harte Sparvorgaben vor. Dieser Entwurf wurde dann den Fraktionen der „Haushaltskoalition“ vorgelegt, die einen gemeinsamen Änderungsantrag ausarbeiteten. Für die FDP-Fraktion nahm der finanzpolitische Sprecher Christoph Blödnert an

den Verhandlungen teil: „Natürlich schlug sich die Corona-Situation auch in der Haushaltspolitik der Landeshauptstadt wieder und hat vieles schwieriger gemacht, entsprechend musste dieses Mal auch ganz genau hingeschaut werden. Ein Großteil der Ausgaben der Landeshauptstadt stehen mit sogenannten Pflichtaufgaben im Zusammenhang, bei denen wenig Spielraum für politische Gestaltung besteht. Im Ergebnis haben wir aber einen Kompromiss gefunden, der den Einnahmeerwartungen gerecht wird und bei dem die Fraktionen trotzdem wichtige Akzente setzen konnten.“ So konnten die Freien Demokraten einen Nothilfe-Fonds für die Dresdner Veranstaltungswirtschaft im Haushalt verankern. Die Mittel aus diesem Fonds sollen genutzt werden, um Großveranstaltungen zu ermöglichen und Dresden als touristisches Ziel überregional zu bewerben. Um das innerstädtischen Wirtschaftsleben zu stärken, wurde die finanzielle Grundlage geschaffen, die Erhebung von Sondernutzungsgebühren auszusetzen und das City-Management mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Außerdem konnten die Liberalen Unterstüt-

zung für die SG Dynamo Dresden sichern, damit der Verein trotz fehlender Eintrittsgelder wirtschaftliches Oberwasser behält.

Wirtschaftliche Verantwortung und unerwartete Finanzmittel

Wer Geld ausgeben will, muss üblicherweise auch Geld einsparen und so war Teil der Abmachung der Haushaltskoalition, dass bis 2025 46 Mio. Euro im Investitionsbereich und 31 Mio. Euro bei laufenden Kosten eingespart wer-

den sollten. Die Finanzpolitiker berieten deshalb über eine Liste notwendiger Kürzungen, die unter anderem Schulsanierungs- und Neubaumaßnahmen betroffen hätten. Doch mit der Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2020 Ende Mai kam es zu einer unerwarteten Wendung: Trotz der erheblichen Einnahmerückgänge im Bereich der Gewerbesteuer fiel das Gesamtergebnis wesentlich besser aus, als noch bei Erstellung des neuen Doppelhaushaltes angenommen. Entgegen den bisherigen Schätzungen fällt das vorläufige ordentliche Jahresergebnis mit 34,8 Mio. deutlich höher aus. Das außerordentliche Ergebnis beträgt 49,3 Mio. Euro. Dieses gute Ergebnis verdankt Dresden verschiedenen Faktoren. Die wichtigsten darunter sind einerseits Zahlungen von Bund und Land zum Ausgleich von Steuerausfällen sowie zur Finanzierung Corona-bedingter Mehraufwendungen. Andererseits ist es das Resultat der im April 2021 verhängten Haushaltssperre, die sich in Minderausgaben in Höhe von 32,3 Mio. Euro niederschlägt.

Der neue Informationsstand zu den verfügbaren liquiden Mitteln bedeutet, dass die geplanten Kürzungen im Investitionsbereich deutlich abgemildert werden können. Außerdem ergeben sich neue

Gestaltungsspielräume für die Stadt. Die nunmehr zusätzlich verfügbaren Mittel sollen unter anderem für den Ausgleich derzeitiger Mehrkosten und den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur – beispielsweise am Fernsehturm – genutzt werden.

Christoph Blödnert beurteilt die Entwicklung als eindeutig positiv: „Der Überschuss im Jahresabschluss 2020 nimmt deutlich Druck aus der Haushaltssituation.“



Gebührenverzicht für Freisitze hilft Dresdner Gastronomie.

Mit den Mitteln, die jetzt zur Verfügung stehen, können die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise finanziert werden, damit Dresden in Zukunft wieder mehr Einnahmen generieren kann.

Trotz der Erleichterung müssen wir aber auch weiterhin aufpassen, dass der Stadt Dresden die laufenden Kosten mittelfristig nicht über den Kopf wachsen. Insbesondere der Posten Personalaufwand wird immer größer. In den letzten fünf Jahren sind über 1.000 Stellen in der Stadtverwaltung hinzugekommen, das entspricht einem Anwuchs von 15 Prozent. Wenn wir es nicht schaffen, die Verwaltung zu straffen und beispielsweise durch Digitalisierung effizienter zu machen, werden zukünftig andere Aufgaben der Stadt darunter leiden.“



Unterstützung in Höhe von 1 Mio. Euro für die SG Dynamo Dresden.

KURZNACHRICHTEN

Neuer Anlauf für Verlängerung der Weihnachtsmärkte in diesem Jahr

Mit deutlich besseren Voraussetzungen als im letzten Jahr will die FDP-Fraktion erreichen, dass der Striezelmarkt und die thematischen Weihnachtsmärkte dieses Jahr über einen längeren Zeitraum öffnen können. Konkret sollen die Weihnachtsmärkte bereits am 22. November 2021 öffnen und den thematischen Weihnachtsmärkten soll die Möglichkeit gegeben werden, bis zum 9. Januar 2022 offen zu bleiben. Neben einer zeitlichen Entzerrung der Märkte soll all den Händlern, Gastronomen und Schaustellern so-

wie dem Tourismus die Chance gegeben werden, etwas mehr Umsatz zu generieren. Auch Touristen sollen einen weiteren Anreiz bekommen, länger in Dresden zu verweilen. Das Ansinnen hat die FDP-Fraktion stellvertretend für viele Akteure des Gastro-, Hotel-, Kultur-, Schausteller- und Kunstgewerbes eingebracht. Bereits im letzten Jahr wurde es positiv im Stadtrat beschieden, wurde dann aber aufgrund der Corona-Pandemie und der Absage aller Weihnachtsmärkte nicht umgesetzt.

Schritt Richtung Fernsehturmeröffnung

Im April stimmte der Stadtrat dem Verkehrs- und Mobilitätskonzept für den Fernsehturm zu. Das bringt auch die Infrastruktur im Schönfelder Hochland voran. Zu den ersten Maßnahmen bis 2025 gehören nicht nur der Ausbau der Staffelsteinstraße und des Oberwachwitzer Weges, auch die Ausschilderung und Ertüchtigung der Rad- und Wanderwege, die Verlängerung der Buslinien 61 und 87 und der Bau eines P+R-Platzes sind Bestandteil des Konzeptes. Damit wurde die Chance zur Revitalisierung des Fernsehturms ergriffen.

Verkaufsoffener Sonntag zum Stadtfest

Zwei verkaufsoffene Sonntage im Advent sind für 2021 bereits beschlossen. Anlässlich des Dresdner Stadtfestes hat sich eine Mehrheit im Stadtrat für einen weiteren verkaufsoffenen Sonntag ausgesprochen. Ein wichtiges Signal für den lokalen Handel, der durch die Corona-bedingten Schließungen große Verluste zu verzeichnen hat. Allerdings wurde das Stadtfest kürzlich auf den 3. Oktober verschoben, damit muss auch der verkaufsoffene Sonntag durch den Stadtrat neu beschlossen werden.

Großinvestition im Kaufpark Nickern

Der Stadtrat hat im März einer Großinvestition in den Kaufpark Nickern zugestimmt, hier wird der Einkaufspark vollständig modernisiert. Das bedeutet zwar, dass der alte Kaufpark abgerissen werden muss, dafür wird für rund 120 Mio. Euro ein moderner Neubau entstehen. Für den Investor ein langfristiges Projekt, das sich erst nach 20 bis 30 Jahren rechnen wird. Die Stadt bekommt ein modernes Zentrum in Prohlis, wodurch der Stadtteil weiter aufgewertet wird.

Fraktion aktuell

Hilfsaktion für Zirkus

Im Dresdner Norden strandete im letzten Herbst der Circus Magic, ein Familienbetrieb, der sonst von Stadt zu Stadt zieht und überall Vorstellungen hält. Mit Beginn des Lockdowns durfte auch der Zirkus keine Vorstellungen mehr durchführen – und geriet in eine Notlage. Die Zirkustiere mussten im Winterquartier auf einer Wiese in Hellerau weiterhin versorgt werden. Auch wenn keine Besucher kommen, die Kosten für Futter, ärztliche Untersuchungen und Energie liefen weiter. Weil das Schicksal der Zirkusfamilie bewegte und die FDP im Dresdner Norden aus der letzten Kommunalwahl als stärkste Kraft hervorgegangen ist, haben die hier gewählten liberalen Stadträte und Stadtbezirksbeiräte entschieden zu helfen und kurzfristig eine Spendenaktion gestartet. Innerhalb weniger Tage kamen Spenden von über 600 Euro zusammen. Mit Hilfe der bekannten Dresdner Zirkuslegende André Sarrasani wurde eine Futterspende im Umfang von ca. einer Tonne für die Kamele, Esel, Ponys, Rinder, Ziegen und andere Tiere des Circus Magic organisiert und an Samuel Enders, den Direktor des Zirkus, und seine Familie übergeben.



Tierfutterspende für Circus Magic.

Gespräch mit dem CSD Dresden

Wie kann ein angemessener Erinnerungsort für Opfer religiös motivierter Gewalt aussehen? Dazu sprach sich Holger Hase im Mai mit Ronald Zenker, dem Vorsitzenden des CSD Dresden e.V.. Im vergangenen November hat die FDP-Fraktion den Antrag „An die Opfer religiös motivierter Gewalt erinnern“ im Dresdner Stadtrat eingereicht. Anlass war der Mordanschlag auf zwei in einer Lebenspartnerschaft miteinander verbundene Männer am 4. Oktober 2020 an der Rosmaringasse. Einer der beiden Männer verstarb noch an der Anschlagstelle, der andere überlebte schwer verletzt. Im Gespräch ging es vor allem um die geeignete Form des Erinnerns an diese schreckliche Tat sowie mögliche Formen einer Zeichensetzung im öffentlichen Raum. Holger Hase versicherte im Gespräch, dass die FDP das Thema politisch weiter vorantreiben wird, damit ein dem Anlass angemessener Erinnerungsort entstehen kann. Vor allem vor dem Hintergrund eines Schreibens von Frau Bürgermeisterin Klepsch, dass die Stadtverwaltung entgegen früheren Ankündigungen in der Angelegenheit nicht weiter aktiv werden will. Anlässlich der Ver-



Robert Malorny gedachte der Opfer.

urteilung des Angeklagten nahm der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Robert Malorny an einer Kundgebung vor dem Kulturpalast teil und mahnte in seinem Redebeitrag, dass das schreckliche Verbrechen im Herzen der Stadt auch nach der juristischen Aufarbeitung nicht in Vergessenheit geraten darf.

Petition gegen Diätenerhöhung

Über 13.000 Unterstützer fand in kürzester Zeit eine Petition gegen die geplante Erhöhung der Diäten der Sächsischen Landtagsabgeordneten. Initiatoren der Petition waren u.a. die FDP-Stadträte Holger Zastrow und Robert Malorny. Die Diäten sollten von 5.943 Euro auf 6.237 Euro monatlich erhöht werden. Dazu kommen eine deutlich erhöhte steuerfreie monatliche Kostenpauschale (je nach Entfernung des Hauptwohnsitzes vom Sächsischen Landtag soll es zwischen 3.330 Euro und 4.354 Euro geben), ein um 25 Prozent erhöhtes Budget für die Beschäftigung von Mitarbeitern sowie eine von 5.124 Euro auf 9.000 Euro erhöhte einmalige Einrichtungspauschale für Wahlkreisbüros. Allerdings sollen nicht nur die Diäten

und Pauschalen erhöht werden, sondern das Berechnungsmodell auch auf ein System umgestellt werden, dass den Landtagsabgeordneten die jährliche Erhöhung automatisch garantiert. Bisher war das Vergütungssystem an die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer, des Bruttoinlandsprodukts, der Regelleistung für Empfänger von Arbeitslosengeld II und den aktuellen Rentenwert koppelte. Geht es dem Land und den Menschen gut, dann sollen auch die Volksvertreter davon profitieren. Im Umkehrschluss hieß das aber auch: Geht es dem Land schlecht, stagnieren



Übergabe der Unterschriften an den Landtagspräsidenten.

oder sinken Löhne, Gehälter, Renten und Sozialhilfe, dann stagnieren oder sinken auch die Diäten. Weil dieses Vergütungssystem infolge der Corona-Krise sehr wahrscheinlich erstmals tatsächlich zu sinkenden Diäten im Sächsischen Landtag führen würde, sollte es abgeschafft werden. Ausgerechnet jetzt verabschiedet sich der Sächsische Landtag vom Prinzip der Solidarität mit der eigenen Bevölkerung und einer weitgehend erfolgsabhängigen Bezahlung.

Die Petition zeigte zwar für den Moment Wirkung, da die Abgeordneten in diesem Jahr ein weiteres Mal auf eine Erhöhung verzichten, allerdings beschlossen die Abgeordneten der Regierungskoaliti-

on aus CDU, Grünen und SPD die deutliche Erhöhung ab dem kommenden Jahr 2022 sowie das neue Vergütungssystem als Berechnungsgrundlage. Das überrascht, denn die Petition muss erst noch im Petitionsausschuss des Landtages behandelt werden.

Demo gegen Antisemitismus

Im Zusammenhang mit den wieder entfachten Kampfhandlungen im Nahen Osten kam es in ganz Deutschland und leider auch in Dresden unter dem Deckmantel der Israelkritik zu Versammlungen, auf denen teilweise offen antisemitische Gesinnung kundgetan wurden. Um das nicht unwidersprochen stehen zu lassen, beteiligten sich unsere Stadträte an einer Kundgebung unter dem Motto „Antisemitismus stoppen: Solidarität mit Israel“ auf dem Jorge-Gomondai-Platz. Die Stadträte Holger Hase und Robert Malorny vertraten ihre Meinung auch auf dem Podium. „Antisemitismus und islamistischer Extremismus sind nicht hinnehmbar. Der Staat Israel, die in Deutschland und weltweit lebenden Jüdinnen und Juden ha-



FDP-Stadträte erheben Stimme für Israel.

ben unsere Solidarität. Zu wenige erheben in den letzten Tagen ihre Stimme für Israel“, sagt Hase.

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Christoph Blödner, Franz-Josef Fischer, Holger Hase, Robert Malorny und Holger Zastrow.

Kontakt

FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 1035
E-Mail fdp-fraktion@dresden.de

Redaktion

Thomas Widra (V.i.S.d.P.), Maximilian Hempel, Jacqueline Masopust

Gesamtherstellung:

SDV Direct World GmbH

Bildnachweise

Fraktionsarchiv, Karsten Prauße

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Wenn das Schule macht

Eine vielverwendete Redewendung ist dieser Ausspruch. Und zudem vieldeutig! Mehr als ein ganzes Jahr lang lief der Schulbetrieb nicht rund, ständig wechselnde „Corona-Regeln“ erschwerten den Schulalltag. Wann wird der normale Schulalltag wieder möglich sein? Wir wissen es nicht! Aber wir wissen nun

sehr genau, wie es mit den Schülerzahlen in den nächsten Jahren bestellt ist: Es werden weniger Kinder geboren. Grund genug, vehement die Schulbedarfsanalyse voranzutreiben; wo fehlt es an Raum, wo muss saniert werden, wo müssen Schulen neu entstehen.

Der erste Aufschrei kam von den Berufsschulen. Das Land Sachsen will seine Berufsschulen auf dem Lande stärken, das bedeutet für Dresden: Umstrukturierung einiger wichtiger Bereiche. Mit dem geplanten Bau einer großen Schule auf dem Gelände des ehemaligen Kohlebahnhofs Freiburger Straße erfolgte ein erster Schritt, aber weitere müssen folgen (Altroßtal, Strehleener Platz, um nur zwei Standorte konkret zu nennen).

Die Grundschulen sind am sichersten berechenbar für die nächsten Jahre, es

zeigt sich, dass auf der Cocker-Wiese keine Grundschule entstehen muss. Die Auslagerungsschule am Terrassenufer eignet sich für den errechneten Bedarf. Finanziell aufwendige Brocken stellen das Gymnasium LEO und das Bertold-Brecht-Gymnasium dar, aber die Stadt bleibt vehement bei ihren Planungen. In die heiße Finanzierungsdebatte platzt nun auch noch die Uni-Schule hinein. Diese könnte als Gemeinschaftsschule wachsen, aber für die organisatorischen Rahmenbedingungen ist ein Geldbetrag nötig, der sicher nicht zu stemmen ist. Für die Standorte Cämmerswalder Straße und Höckendorfer Weg sind etwa 49 Mio. Euro nötig, eingestellt ist aber bisher ein viel geringerer Betrag. Die Genehmigung für eine Gemeinschaftsschule ist stark abhängig von der Deckung des Finanzbedarfs. Aber auch von inhaltlichen Schwerpunkten,

das Kultusministerium spricht von 42 Klassen zum Betreiben der Schule. Wie geht das? Im Konzept der Uni-Schule gibt es keine Klassen! Der Schulbetrieb hat aber schon begonnen, es herrscht ein enormer Zeitdruck für den weiteren Aufbau dieser „Zukunftsschule“.

Zurück zum Ausgangspunkt dieser Betrachtung. „Was macht die Schule?“ Mit den erkennbaren künftigen Schülerzahlen kommt Sicherheit in die Arbeit des Bildungsbürgermeisters und des Schulverwaltungsamtes. Wünschen wir diese Sicherheit auch jetzt den Schülern und Lehrern – ohne Corona-Einschränkungen!

Franz-Josef Fischer
bildungspolit. Sprecher FDP-Fraktion

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4881035